

Debatte über Maßnahmen für eine Migrationswende

Datum 9.10.2026
Subjekt Deutscher Bundestag
Region Deutschland
Kategorie Politik, Staatsverwaltung und Selbstverwaltung, Recht

Liveübertragung: Freitag, 9. Oktober, 10.10 Uhr.

Der Bundestag berät am **Freitag, 9. Oktober 2026**, erstmals einen Antrag mit dem Titel „Maßnahmen für eine wirkliche **Migrationswende**“ (21/8387(Dokument, öffnet ein neues Fenster)), den die AfD-Fraktion eingebracht hat. Im Anschluss an die einstündige Aussprache soll die Vorlage zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen werden. Federführend ist der Innenausschuss.

Die AfD fordert die Bundesregierung auf, „die bislang ausgebliebene Migrationswende tatsächlich herbeizuführen“. Dazu soll die Bundesregierung laut Antrag die Einbürgerung nur noch als Ermessenseinbürgerung und frühestens nach einem Aufenthalt von zehn Jahren gewähren und die regelhafte Hinnahme einer doppelten Staatsbürgerschaft aufheben. Auch fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten „nicht nur zu suspendieren, sondern – mit Ausnahme von Härtefällen gemäß Paragraph 22 Aufenthaltsgesetz - aufzuheben“ und die Entgegennahme von Anträgen auf Familiennachzug zu individuell Schutzberechtigten für ein halbes Jahr auszusetzen.

Zugleich plädiert die Fraktion dafür, Kontrollen und Zurückweisungen auch bei der Einreise über die deutschen Flughäfen vorzunehmen und die Überwachung der Landgrenzen „mittels des Einsatzes von KI und von Drohnen auf den technisch neuesten Stand zu bringen“. Ferner dringt sie darauf, keine Asylverfahren für Personen mehr durchzuführen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen oder deren Identität ungeklärt ist.

Die an Syrer erteilten Schutztitel soll die Bundesregierung dem Antrag zufolge wegen Wegfalls des Schutzgrundes umfassend widerrufen und die zwangsweise Rückführung ausreisepflichtiger Syrer wiederaufnehmen. Des Weiteren sprechen sich die Abgeordneten in der Vorlage unter anderem dafür aus, „Leistungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wie auch die technologische und wirtschaftliche Kooperation sowie die Erteilung von Visa für die Arbeits- und Ausbildungsmigration strikt an die uneingeschränkte Kooperation des jeweiligen Staates bei der Rücknahme ausreisepflichtiger eigener Staatsbürger zu koppeln“. (sto/vom/07.10.2026)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw41-de-migrationswende-1222454>